

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in Wilsdruff 2 Mk., im Monat 6 Mk., bei Zustellung durch die Post 7,20 Mk., bei Postbestellung 8,40 Mk. zuzüglich Abgabe für den Briefkasten. Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend 18 Pf. Alle Postämter nehmen Bestellungen an. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Markt 10. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Markt 10.

Angelagerter: Die 4spaltige Raumgröße 20 Goldspalten, die 4spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldspalten, die 3spaltige Raumgröße 10 Goldspalten, die 3spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 20 Goldspalten. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion ist in Wilsdruff, Markt 10. Die Druckerei ist in Wilsdruff, Markt 10.

Nr. 217. 85. Jahrgang. Wilsdruff-Dresden. Donnerstag, 16. September 1926

## Französisch-italienische Gegensätze.

Im Jahre 1903 erschien im französischen Sozialistenklub in Lausanne ein junger italienischer Maurer, der wegen seiner politischen Gesinnung hatte flüchten müssen, vor allem aber, um sich dem Militärdienst zu entziehen. Der Führer der gestrichelten italienischen Sozialisten, Ferrati, verhinderte die Fragen Neugieriger durch den Vorwurf: „Fragt ihn nicht nach all dem Zeug, fragt ihn lieber, ob er Hunger hat.“ Der Hunger sprach aus den Augen des jungen Maurers — und der ist niemand anders als Mussolini gewesen.

Es mutet fast wie ein Bild der Weltgeschichte an, daß es jetzt nach dem Attentat auf den „Duce“ zu ziemlich ernsthaften diplomatischen Auseinandersetzungen zwischen Frankreich und Italien gekommen ist, weil Mussolini verlangt, die Pariser Regierung solle energisch gegen die antisozialistischen Flüchtlinge aus Italien einschreiten, die namentlich im Süden und Südosten Frankreichs ein Asyl gefunden haben. Frankreich hat aber erklärt, nicht einzuweichen zu wollen, denn solches Vorgehen würde auf Kritik einen viele Jahrzehnte lang geübten französischen Gewohnheitsrecht widersprechen. Mussolini wird also nach wie vor damit rechnen müssen, daß sich vor den Toren Italiens seine Gegner sammeln; das Verhältnis freilich zwischen Frankreich und Italien wird durch diese Dinge eine noch weitere Abkühlung erfahren, als es bisher schon geschehen ist.

Bei der Maßlosigkeit, mit der namentlich in der italienischen Zeitungswelt jede Spur des Antifaschismus bekämpft wird, sieht sich nun wieder Frankreich nicht unerheblich geärgert durch die wilde Zeitungspolemik, die, sicherlich nicht ohne Genehmigung von oben, gegen die Pariser Regierung entfesselt worden ist. Dabei ist es nicht einmal ein schlechter Witz, wenn der französische Außenminister Briand in seiner Genfer Unterredung mit dem italienischen Staatssekretär Grandi erklärte, nur bei Angriffen auf den König von Italien könne eine in Frankreich erscheinende italienische Zeitung verboten werden. Aber dem „Duce“ Mussolini ist die Sache so ernst, daß er sogar seinen Pariser Vorkämpfer zu Poincaré schickte — allerdings auch ohne jeden Erfolg.

Die Freundschaft zwischen den beiden „lateinischen Schwesternationen“ und früheren Waffengefährten ist ja schon lange in die Brüche gegangen, seitdem Mussolini als wirkliches Haupt Italiens eine zielbewusste Machtpolitik im Mittelmeergebiet zu treiben begann und allmählich durch eine ganze Reihe von Bündnissen mit den südosteuropäischen Staaten der dortigen Vorherrschaft Frankreichs immer gefährlicher wurde. Die Fahrt Mussolinis nach Tripolis beispielsweise war weit mehr als eine Geste, deutete an, daß man den Verlust von Tunis, in dem ja weit mehr Italiener als Franzosen wohnen, immer noch nicht verschmerzt hat. Andererseits spielen auch die großen Verschiedenheiten zwischen der staatlich-geistigen Struktur beider Völker eine sehr erhebliche Rolle bei diesem Gegensatz: auf der einen Seite ein nationalstiftender Autokratismus, ein Selbstherrschertum von des Volkes Gnaden, auf der anderen Seite das „Mutterland der Revolution“ und der Demokratie. Der dadurch erzeugte instinktive Gegensatz zwischen den beiden Völkern ist so scharf geworden, daß mancher Italiener in jüngster Zeit deutschen Reisenden gegenüber erklärte, man müsse vereint gegen Frankreich marschieren. Die Nächstenfeindschaft, mit der Mussolini gegen jeden innerpolitischen Gegner vorgeht, ist es aber gerade in der Hauptsache gewesen, die nicht etwa bloß Sozialdemokraten und Kommunisten außer Landes zu geben zwang, sondern selbst ein so harmloser Liberaler wie der frühere Ministerpräsident Nitti darf es nicht wagen, nach Italien zurückzukehren. Es ist natürlich eine ausgesprochene Phantasie italienischer Blätter, wenn sie behaupten, die Flüchtlinge vor den Toren Italiens planten etwa einen Einfall, um das faschistische Regime zu stürzen. Viel zu sehr schon ist dieses Regime fundamementiert. Es würde wahrscheinlich selbst ein geglücktes Attentat auf Mussolini übersehen. Was man aber wirklich fürchtet, das ist die allmählich immer stärker und fähbarer werdende antisozialistische Propaganda in Broschüren, Flugblättern und Zeitungen, die sich von Frankreich her durch unterirdische Kanäle nach Italien ergießt. Diese Kanäle soll nun die französische Regierung verstopfen.

Die schwere Verstimmung zwischen beiden Staaten kann möglicherweise auch in Genf nicht ganz ohne Folgen bleiben, wie sich schon in der eifrigen Unterstützung des spanischen Vorgehens durch Italien gezeigt hat. Aber es ist doch wohl allzu viel Optimismus, wenn gewisse Kreise in Deutschland nun zu einer Ausnutzung dieses Gegensatzes hindrängen, denn Italien wird sich nie bereit erklären, auch nur dem geringsten deutschen Verlangen nach einer milderen Behandlung Südtirols Folge zu leisten.

## Einweihung der deutschen Fenster im Genfer Arbeitsamt.

Genf. Im Internationalen Arbeitsamt fand die Einweihung der von Deutschland gestifteten Fenster statt, bei welcher Gelegenheit Reichsminister Dr. Stresemann eine Rede hielt.

## Neue Wege der Zollpolitik.

### Die Tagung des Großhandels

Eine Rede des Reichswirtschaftsministers.

Die Tagung des Zentralverbandes des Deutschen Großhandels in Düsseldorf, die am Mittwoch eröffnet wurde, hat Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius benützt, um vor den Vertretern des Großhandels ein Bild über die Lage von Handel und Wirtschaft in Deutschland zu geben. Der Minister beschäftigte sich, nachdem er festgelegt hatte, daß die erste Welle der Wirtschaftskrise überwunden ist, eingehend mit dem Dawes-Plan, zu dessen Fügung ja die Wirtschaft in umfangreichem Maße herangezogen wird. Zu diesem Punkt sagte Dr. Curtius:

Die Diskussion über die Grundlagen des Dawes-Planes und seine Ausführbarkeit sind im Ausland im vollen Gange. Im Inland dagegen entspricht die Beschäftigung mit diesen Fragen keineswegs der überragenden Bedeutung, die sie für das Schicksal der deutschen Wirtschaft und des deutschen Volkes haben. Ich wünsche eine härtere Beteiligung der maßgebenden Wirtschaftskreise an rein wirtschaftlichen, leidenschaftslos feststellenden Untersuchungen der tatsächlichen Wirkungen des Dawes-Planes in Richtung auf die deutsche Leistungsfähigkeit einerseits, die Ausnahmewilligkeit des Auslandes für die deutschen Leistungen andererseits und nach vorsichtig abwägender Prüfung der zukünftigen Entwicklungsmöglichkeiten.

Der protektionistische Wettlauf hat, so führte der Minister aus, dem Gedanken der europäischen Zollunion zu neuer, ungehörter Lebenskraft verholfen und selbst Kreise in seinen Bann gezogen, die ihm bisher skeptisch gegenüberstanden. Deutschland wird, wie es geographisch in der Mitte liegt, so auch zwischen diesen beiden Extremen fähig und verständig, unbeeinträchtigt von Schlagworten und nur von seinen eigenen Interessen geleitet, den rechten Weg suchen müssen. Daß dieser Weg von dem überspannten Protektionismus, der den Kampf aller gegen alle bedeutet und an dessen Ende die Zerrückung der europäischen Wirtschaft durch den amerikanischen Wirtschaftskollaps steht, daß dieser Weg vom wirtschaftlichen Nationalismus in der Richtung einer umfassenderen Wirtschaftssolidarität der nächstbestehenden Völker hinzuführen hat, darüber kann man wohl kaum ein Zweifel sein, auch dann nicht, wenn man das letzte Ziel, das auf diesem Wege liegt, die europäische Zollunion, als eine Utopie ansieht.

Trotz mancher mißlichen Erfahrungen glaube ich, daß die Befolgung des Meißbegünstigungs-satzes am ersten geeignet ist, uns dem Ziele näherzubringen. Wir müssen jedenfalls am bisherigen System solange festhalten, bis die fehlenden Handelsverträge abgeschlossen sind.

Es wird noch eine geraume Zeit dauern, bis wir in der Lage sein werden, wirklich zuverlässig die Ergebnisse unserer bisherigen Handelspolitik zu überschauen. Vor allen Dingen auch ein Urteil darüber zu gewinnen, wie die noch kaum ein Jahr in Kraft befindliche Zolltarifnovelle und das auf dieser Grundlage und auf Grund der letzten

Nachvertragsverhandlungen gewonnene Vertragszusammenfassung, das noch durch die bevorstehenden und schwebenden Verhandlungen (Polen, Tschechoslowakei, Frankreich) manche Ausgestaltung erfahren wird, sich auswirken. Erst wenn wir über ausreichende und zuverlässige Erfahrungen verfügen werden, werden wir an das eigentliche große Handelsvertragswerk, an den Aufbau eines langfristigen und lädenlosen Handelsvertragsystems herangehen können, zu dem aber vorher noch in dem neuen Zolltarif ein brauchbares Instrument geschaffen werden muß. Das Ziel unserer Handelspolitik wird aber bleiben, Rationalwirtschaft und Weltwirtschaft in Einklang zu bringen und mit der Förderung der ersten gleichzeitig der letzten zu dienen.

Nach der Rede des Reichswirtschaftsministers sprachen am Vormittag noch Staatssekretär Dr. Pöppel über die Steuerreform, der Stellvertretende Präsident des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, Krowein, über das Verhältnis der Industrie zum Großhandel, das geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Großhandels, Reinath, M. d. R., über neue Aufgaben des Großhandels und schließlich Erzelenz Niebl, ehemaliger österreichischer Gesandter in Berlin, über das Thema Handelspolitik und Handelsverträge.

### Gegen die Sozialisierung.

Die in Essen tagende Zentralausschussung des Deutschen Großhandels beschäftigte sich eingehend mit der Frage der „sogenannten kalten oder stillen Sozialisierung“. Mit diesem Begriff wurden die Versuche bezeichnet, die auf ein Eindringen des Staates oder der Kommunen in die Privatwirtschaft abzielen. Als Mittel zur Bekämpfung der „kalten“ Sozialisierung wurde eine genaue Abgrenzung der Aufgaben von Staats- und Kommunalverwaltungen auf privatwirtschaftlichem und öffentlich-rechtlichem Gebiete sowie die Beseitigung jeder Steuerbefreiung für Betriebe der öffentlichen Hand gefordert.

### Entschiebungen des Deutschen Großhandels.

Düsseldorf. Am Schluß seiner Verhandlungen sagte der Zentralverband des Deutschen Großhandels eine längere Entschliebung, in der es u. a. heißt: Trotz des dankenswerten Versuches des Reichsfinanzministers ist eine wesentliche Milderung der gesamten steuerlichen Belastung noch immer nicht erreicht. Die von der Reichsregierung angefordigte Herabsetzung der Ausgaben muß unverzüglich, und zwar in weitestem Umfange, erfolgen. In der Zoll- und Handelspolitik müssen alle handelsheerwirtschaftliche Interessen wie auch im Weltwirtschaftsinteresse nach so bald wie möglich der Kreis der Handelsverträge auf Grundlage sowohl der Meißbegünstigung wie umfangreicher Zollbindungen und -ermäßigungen geschlossen werden. In der sozialen Fürsorge, in der auch der Großhandel ein Aufwandsblatt des Deutschen Reiches ist, darf nicht durch übermäßige Belastung der Bestand der Wirtschaft selbst in Frage gestellt werden. Die Abkehr der Reichsregierung, in die Bestimmungen über die Regelung der Arbeitszeit auch den Großhandel einzubeziehen, ist unannehmbar.

### Die englische Presse bei Dr. Stresemann.

Befehungs- und Kolonialfragen. Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat aus Anlaß des Auslaufes und der Niederlegung der Ratifikationsurkunden die in Genf anwesenden Vertreter der englischen Presse empfangen. Die Londoner Zeitungen geben über diesen Empfang lange Berichte wieder, aus denen man näheres über Ausführungen und Pläne Dr. Stresemanns erfährt. Der Genfer Berichterstatter der „Morning Post“ schreibt, Stresemann habe klar erkennen lassen, daß Deutschland eine neue Verteilung von Mandaten oder die Wiedererstattung einiger seiner Kolonien erwarte. Der Berichterstatter erwähnt jedoch ebenso wie die übrigen, Stresemann habe hinzugefügt, wann und ob eine Grundlage für ein Vordringen der kolonialen Ansprüche vorliegen werde, sei von künftigen Entwicklungen abhängig.

Der Genfer Korrespondent des „Daily Chronicle“ stellt Stresemanns Erklärungen über den Eisenpakt in den Vordergrund seines Berichtes, der in dem Blatt an erster Stelle veröffentlicht wird. Dem Korrespondenten zufolge besteht in Völkerverträgen die weitverbreitete Hoffnung, daß die Frage des besetzten Gebietes bald durch aufseitsige Abereinstimmung geregelt werden wird. In deutschen Delegationskreisen wird, so sagt der Korrespondent, die Hoffnung ausgedrückt, daß die englische Ansicht in dieser Frage bald die Oberhand haben werde, nämlich die Ansicht, daß Locarno und Befestigung unvereinbar sind und daß, wenn irgendeine Logik in Locarno enthalten ist, dies bedeuten müsse, daß die Grenzen der in Betracht kommenden Länder jetzt so gesichert sind, daß Befestigungskräfte vollkommen unnötig sind.

Die Vollversammlung des Völkerbundes beschäftigt sich noch immer mit der Beratung der Frage der Reform. Sie nahm am Mittwoch den Bericht des Bundesrats Motta über die Beratungen der juristischen Kommission betreffend die Frage einer Wahlordnung für die Mitglieder im Völkerbundrat, Festlegung der Dauer der Mitgliedschaft beim Völkerbundrat und die Frage der Wiederwählbarkeit der Ratsmitglieder entgegen. Bundesrat Motta führte unter anderem aus: Die Kommission hat den Entwurf der Studienkommission für eine Reorganisation des Völkerbundes ihres Arbeitens zugrunde gelegt und alle in jenem Entwurf enthaltenen Grundsätze auch in die nunmehr neue Vorlage aufgenommen. Es handelt sich um ein Kompromiß, durch das die Völkerverbundkrise gelöst werden sollte. Nach jahrelangen Bemühungen ist es gelungen, grundsätzlich einen Turnus in bezug auf die Befestigung der Ratsitze einzuführen. Von diesem Grundsatz kann ausnahmsweise dann Abstand genommen werden, wenn es sich darum handelt, Mächten, deren Mitarbeit im Interesse des Friedens besonders erforderlich ist, auf längere Dauer Sitze zu gewähren. Die Wahl der nichtständigen Ratsmitglieder soll am Donnerstag erfolgen.

### Verschiebung der entscheidenden Verhandlungen über die Rückwirkungen auf später

Genf, 15. September. Von Delegation zu Delegation sind in den letzten Tagen durch Sachverständige und andere Delegationsmitglieder die Verhandlungen über den gesamten Fragenkomplex, der Deutschland und Frankreich berührt, weiter fortgesetzt worden. Man erwartet für Ende dieser Woche eine abschließende und klärende Aussprache in Genf zwischen den bei-